



KOO Presseinformation

EU-Entwicklungskommissar Andris Piebalg: „positive Überraschung“

Andris Piebalg hat beim Hearing im EU Parlament mit seinen Zielen viele Forderungen der Koordinierungsstelle aufgegriffen. „Andris Piebalg war für uns die positive Überraschung der bisherigen Hearings im EU Parlament“, erklärte Heinz Hödl, Geschäftsführer der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz.

Wien, 12.01.2010 - Andris Piebalg forderte, dass das seit Jahren bestehenden Versprechen, bis 2015 werde die EU 0,7 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für Entwicklungshilfe einsetzen, gehalten werden müsse. Österreich hat sich 2005 zu einer Erhöhung der Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 % des BNE bis 2015 verpflichtet. Heinz Hödl macht jedoch darauf aufmerksam, dass die Österreichische Politik säumig ist. Er fordert neben der Erstellung eines verbindlichen Stufenplans zur Erhöhung der EZA-Mittel, die Einhaltung der Zusagen zur Aufstockung der staatlichen EZA-Gelder.

Andris Piebalg hat sich weiters für die Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer ausgesprochen. Damit wird eine langjährige Forderung der KOO und ihrer Partner in von Finanzkrisen geschüttelten Ländern Lateinamerikas, Asiens und Afrikas aufgegriffen, die darin ein großes Potential für die Reglementierung von Finanzspekulationen und Bereitstellung von Mittel für Entwicklungszusammenarbeit sehen.

Ebenfalls zu begrüßen ist die Forderung Piebalgs, dass die versprochenen Mittel für Entwicklungsländer im Kampf gegen den Klimawandel nicht an die Entwicklungshilfe angerechnet werden. „Der Klimawandel stellt zusätzliche Herausforderungen an Entwicklungsländer, deshalb braucht es auch zusätzliche Mittel. Der Etikettentausch von ‚EZA-Mitteln‘ zur ‚Klimafinanzierung‘ muss auf jeden Fall unterbunden werden“, so Josefa Molitor-Ruckenbauer, Koordinatorin der Kampagne Klimafairbessern.

Es sei zwar sehr lobenswert wenn Andris Piebalg für eine bessere Abstimmung der Entwicklungshilfe mit anderen Politikbereichen eintreten will, aber die Kohärenz der Entwicklungspolitik mit allen anderen Politikbereichen muss ein Anliegen der gesamten Kommission sein. Als Beispiel kritisiert Hödl die Handels- und Agrarpolitik der EU scharf: "Von Entwicklungsländern fordert die EU Marktöffnung, während sie selbst ungeniert Exportsubventionen wieder einführt. Es sei widersinnig, den Export von Agrarprodukten zu fördern, deren Herstellung den massiven Einsatz von energie-intensiven Betriebsmitteln benötigt". „Weiters“, so Hödl, „muss der Import von Futtermitteln verboten werden, deren Produktion in Monokulturen passiert und damit wertvollen Urwald in ökologisch sensiblen Regionen zerstört“.

Rückfragen richten Sie bitte an: Heinz Hödl, Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz Tel: 01/317 03 21 oder 0676 769 84 34; www.koo.at;